

II-11613 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 576811

1990 -06- 27

A N F R A G E

des Abgeordneten Dipl. Soz. Arb. Manfred Srb und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend Ausgleich der erhöhten Beanspruchung von schwerbehinder-  
ten Arbeitnehmern durch Schaffung von auf die Pensionszeit an-  
rechenbaren Monaten

Schwerbehinderte Menschen unterliegen im Berufsleben einer weitaus  
größeren Belastung als nichtbehinderte Arbeitnehmer. Dies hat in  
vielen Fällen zur Folge, daß sie frühzeitig um die Pensionierung  
ansuchen müssen, was für sie mit einer einschneidenden Schlechter-  
stellung im finanziellen Bereich verbunden ist. Auf der anderen  
Seite ist aber gerade diese Personengruppe in einem überdurch-  
schnittlichen Ausmaß an ihrer Berufstätigkeit interessiert und auch  
bemüht, möglichst lange im Arbeitsprozeß zu stehen.

Um einen Ausgleich für diese Benachteiligung zu schaffen, könnten  
etwa ähnlich einer Regelung, wie sie in Italien existiert, gestaf-  
felt nach dem Grad der Behinderung pro Beitragsjahr eine Beitrags-  
zeit nach folgendem Muster hinzugerechnet werden:

Personen mit einem Grad der Behinderung von

50 - 65 %	erhalten 1 Monat
66 - 75 %	2 Monate
76 - 85 %	3 Monate
86 -100 %	4 Monate

hinzugerechnet.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an den  
Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

A N F R A G E

1. Sind Sie grundsätzlich bereit, im Rahmen der nächsten ASVG-  
Novelle eine derartige Regelung vorzunehmen?  
Wenn nein: warum nicht?

2. Wie hoch sind die Kosten einer derartigen Maßnahme?
3. Wieviele begünstigte Personen wären davon betroffen?
4. Welche allfällig anderen Maßnahmen werden Sie ergreifen, um diese Benachteiligung auszugleichen?